

Zürich

Keine Entlastung für die Superreichen

Kantonsrat Die Freisinnigen sprechen von einer Zürcher «Steuerhölle», der SVP-Finanzdirektor sieht das anders. Ein Vorstoss für die Streichung der höchsten Tarifstufen bei der Vermögenssteuer erleidet Schiffbruch.

Helene Arnet

Alex Gantner (FDP, Maur) befürchtet für den Kanton Zürich Schlimmes: «Absturz in Richtung Mittelmasse», wie er sagte. Denn für hohe Vermögen sei Zürich eine «Steuerhölle». Dem wollte die FDP mit einer parlamentarischen Initiative (PI), die gestern im Kantonsrat diskutiert wurde, entgegenwirken. Diese forderte eine Streichung der höchsten Tarifstufen bei der Vermögenssteuer – mit dem Effekt, dass Superreiche entlastet würden. Die Ausfälle würden mittel- oder langfristig dadurch kompensiert, dass weniger Reiche wegzögen und mehr zuzögen, ist Gantner überzeugt.

SVP mit anderem Vorschlag

Beat Bloch (CSP, Zürich) lieferte als Präsident der vorberatenden Kommission WAK (Wirtschaft und Abgaben) die Zahlen. Es sei mit jährlichen Steuerausfällen von je 120 bis 170 Millionen Franken für den Kanton und die Gemeinden zu rechnen. «Das wäre weder für den Kanton noch für die Gemeinden zumutbar.»

Die SVP hatte 2018 bei der vorläufigen Überweisung des Vor-

stosses noch mit den Freisinnigen gestimmt, reichte aber später eine abgeänderte PI nach: Diese zielte auf eine Senkung aller Vermögenssteuersätze um je 0,25 Promillepunkte ab. Das würde zu Ausfällen bei den Steuereinnahmen von je 80 bis 100 Millionen für den Kanton und die Gemeinden führen.

«Davon profitieren alle, vor allem aber der Mittelstand», erklärte Marcel Suter (SVP, Thalwil). Was Melanie Berner (AL, Zürich) postwendend infrage stellte, denn die Hälfte der Zürcher Bevölkerung bezahle gar keine Vermögenssteuer, da sie gar kein entsprechendes Vermögen habe. Zudem stehe der Kanton bei den mittleren Vermögen ohnehin schon sehr gut da, gab Bloch zu bedenken.

Studie: Es gäbe Einbussen

Stefan Feldmann (SP, Uster) widersprach dezidiert der Annahme, dass niedrigere Steuern für Reiche sich mit der Zeit auszahlen. Er stützte sich auf die eben erst publizierten Resultate einer Studie, die von Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) den beiden Ökonomen Marius Brühlhart und

«Zürich muss nicht immer einen Spitzenplatz einnehmen.»

Melissa Näf
GLP, Bassersdorf

Kurt Schmidheiny in Auftrag gegeben worden war.

Diese Studie kommt zum Schluss, dass auch «unter der Annahme einer sehr hohen Steuerempfindlichkeit» eine Vermögenssteuersenkung Einbussen bei den Einnahmen nach sich ziehen würde. Heisst also, selbst wenn Reiche ihren Wohnsitz in erster Linie nach dem Steuerfuss wählten, würden die Verluste nicht wettgemacht.

Errechnet wurden bleibende Steuerausfälle von 123 Millionen Franken, woraus Feldmann schloss: «Es bleibt ein Minusgeschäft für die Staatskasse.»

Die Studie stellt ausserdem fest, dass der Kanton Zürich bei

der Vermögenssteuer im Vergleich mit anderen Kantonen attraktiv sei. Für Vermögen bis 5 Millionen Franken liegen die Zürcher Steuersätze deutlich unter dem landesweiten Median, für Vermögen bis ungefähr 800'000 Franken befinden sie sich sogar nahe am Schweizer Mindestwert.

Und auch bei Vermögen über 5 Millionen Franken liegt Zürich im schweizerischen Durchschnitt, wenn auch deutlich über den Tiefstwerten in der Inner- und Schweiz. Melissa Näf (GLP, Bassersdorf) kommentierte diese Zahlen so: «Zürich muss nicht immer einen Spitzenplatz einnehmen.»

Kanton ist auch so attraktiv

Selbst Finanzdirektor Ernst Stocker erteilte den bürgerlichen Steuerentlastungen für Reiche eine Abfuhr. Es sei nun mal so, dass die Studie zum Schluss komme, dass sich eine Steuersenkung auch längerfristig nicht auszahle. «Glauben Sie mir, hätte ich aufgrund dieser Studie gute Argumente dafür gehabt, hätte ich dies sofort in Angriff genommen.»

Er widersprach auch dem Bild der «Steuerhölle für Reiche».

Und legte dazu Zahlen auf den Tisch, nämlich diejenigen vom voraussichtlichen Ressourcenzuwachs bei Reichtum und Vermögen für die Jahre 2019 bis 2022. Dieser liege im Landeschnitt bei 3,1 Prozent. Den Spitzenplatz nehme mit 4,7 Prozent Zug ein – dem es im Übrigen nur so gut gehe, weil der Nachbar-kanton Zürich sei. Platz 2 belegt Zürich mit 4,2 und Platz 3 Schwyz mit 4,1 Prozent.

Nicht mehrheitsfähig

Sowohl WAK-Präsident Bloch wie auch der Finanzdirektor wiesen noch auf einen weiteren Punkt hin. Das Volk wolle keine Steuerentlastung für Superreiche. So sei 2011 eine Senkung der Vermögenssteuer gleich zweimal an der Urne gescheitert. «Das ist politisch einfach nicht mehrheitsfähig», schloss Stocker.

Und bekam vom Kantonsrat gleich den Beleg dazu: Selbst Die Mitte, welche die PI bei der ersten Diskussion – damals als CVP – noch mitunterzeichnet und unterstützt hatte, hat sich mittlerweile von dem Ansinnen abgewendet. Der Vorstoss wurde mit 98 zu 76 Stimmen abgelehnt.

Neues Zentrum mit bis 2000 Impfungen pro Tag in Planung

Booster Um die Nachfrage der unter 65-Jährigen nach Drittimpfungen zu stemmen, ist im Kanton Zürich eine weitere Einrichtung nötig.

Plötzlich soll es schnell gehen. Verschiedene Sonntagsmedien berichteten, dass die Booster-Corona-Impfung für die unter 65-Jährigen noch in diesem Jahr kommen soll. Stellt sich die Frage, ist der Kanton Zürich darauf vorbereitet?

Die mögliche Zulassung komme schneller als ursprünglich geplant, sagt Peter Indra, Chef des Zürcher Gesundheitsamts, im Interview mit Radio SRF. Die Vorbereitungen seien aber bereits im Gang. Die Gesundheitsdirektion rechnet damit, dass rund 500'000 Menschen im Kanton Zürich die Booster-Impfung wollen. Um diese grosse Nachfrage bewältigen zu können, müssten Ärzte, Apotheken und Impfzentren zusammenarbeiten, sagt Indra. Klar sei aber, dass es weitere Impfzentren brauche. Ein sechstes könne schon bald eröffnet werden.

Derzeit sind noch das Referenzimpfzentrum am Hirschen-graben Zürich sowie die Impfzentren im Stadtspital Triemli, in Winterthur, Uster und Affoltern am Albis in Betrieb. Die Kapazitäten dieser Zentren werden momentan erhöht.

Die Messe Oerlikon «kommt nicht mehr infrage»

Das reicht aber offenbar noch nicht. Es brauche noch eine weitere, grössere Einrichtung in der Nähe von Zürich oder in der Stadt selbst, die täglich bis zu 2000 Impfungen verabreichen könne. Wird der Kanton nun das grosse Impfzentrum in der Messe Oerlikon wieder in Betrieb nehmen? «Nein», sagt Indra ins Radiomikrofon, «die Messehalle steht zwar dort, kommt aber nicht mehr infrage.» Der Aufbau eines Zentrums brauche eine längere Vorlaufzeit. Ein solches bestehe nicht nur aus Räumlichkeiten, es brauche auch Personal, sagt Indra. Es könne daher sein, dass die unter 65-Jährigen «kleinere Wartezeiten» erwarteten.

Anfangs brauche es wohl etwas Geduld, sagt auch Reto Steinmann, Geschäftsführer des Zürcher Apothekerverbands. «Wir gehen davon aus, dass zusätzliche Apotheken den Booster anbieten werden.» Wichtig zu wissen ist zudem: In den Apotheken kann aktuell nur geboostet werden, wer mit dem Impfstoff von Moderna geimpft worden ist.

Die Impfwoche bewertet Peter Indra als Erfolg, auch wenn es in absoluten Zahlen nur sehr wenige Erstimpfungen gab, 670 waren es im Impfdorf. Auf die Frage, was er dem Kanton Zürich für eine Note geben würde für die Impfwoche, antwortet er: «Es ist nicht die Frage, was man dem Kanton Zürich für eine Note geben würde, sondern, was würde man all jenen für eine Note geben, die sich hätten impfen lassen können, es aber nicht getan haben? Da würde ich persönlich eher eine schlechte Note verteilen.» (sip/kbr)

Korrekt

Im Artikel «Das System Travis» (13.11.2021) stand, Travis the Creator sei 2011 «Anfang zwanzig» gewesen. Korrekt ist, dass er Jahrgang 1995 hat. (TA)

45 Millionen Franken für mehr Spass am Wasser

ZKB-Jubiläumsdividende Der Kantonsrat findet einen Weg, die 100 Millionen von der Kantonalbank zu verteilen.

Vom «Highlight des Tages» sprach Kantonsrats-Vizepräsidentin Esther Guyer (Grüne, Zürich). Tatsächlich ging es um Ungewohntes, nämlich um einen Geldsegen von 100 Millionen Franken, den es zu verteilen gab. So viel stand dem Kanton Zürich aus der Jubiläumsdividende der ZKB zu. 50 Millionen wurden auf die Gemeinden verteilt.

Was sich nach Friede, Freude, Eierkuchen anhörte, schien allerdings lange Zeit eher einer Zer-reissprobe geglichen zu haben. So fand Markus Bischoff (AL, Zürich), immerhin seit 2007 im Rat, dass wohl noch nie über ein Geschäft so heftig und lange gestritten worden sei. Und Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) stellte lapidar fest: «Es ist gar nicht so einfach, 100 Millionen zu verteilen.»

Nach Zwist Einstimmigkeit

Dabei ging es zum einen grundsätzlich darum, ob es überhaupt rechtens sei, dass die ZKB dieses Geld zweckgebunden sprach. Zum andern darum, wofür es verwendet werden solle. Insbesondere auch, inwiefern der Kanton daraus Ausgaben für die Corona-Pandemie decken solle.

Doch schliesslich hat sich die Geschäftsleitung des Kantonsrats zusammengerauft und zu einem einstimmig unterstützten Vorschlag gefunden. GLP-Politiker Michael Zeugin (Winterthur) betonte, dass diese Vorlage aufzeige, wie wertvoll ein Kompromiss sei. «Eines der grössten Geschenke ist, dass wir uns nicht zerstritten haben.»

Also doch noch Friede, Freude, Eierkuchen – ausser bei Markus Bischoff: «Wirklich ganz froh bin ich nicht», sagte er. Er hoffe, dass die ZKB die nächsten 150 Jahre nicht wieder solch unverhoffte Geldgeschenke verteile.



Böötler beim Hängger Wehr: Auch andernorts an Zürcher Gewässern soll der Zugang verbessert werden. Foto: Urs Jaudas

Dafür setzt der Kanton seine 100 Millionen ein: — Insgesamt 50 Millionen für ausserordentliche Ausgaben aufgrund der Corona-Pandemie. Damit werden zum einen Ausgaben für die Impfzentren gedeckt. Zum andern werden Beiträge für Corona-Nothilfe entrichtet. — 45 Millionen Franken für Projekte zur Aufwertung des Zugangs zu Fliessgewässern. Esther Guyer sprach etwa von Spielplätzen am

Wasser, Rad- und Spazierwegen. Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) wies allerdings darauf hin, dass dafür kein zusätzliches Kulturland verbraucht werden dürfe. Auch regte er an, dass verschiedene Regionen berücksichtigt und die Gemeinden in die Planung involviert werden sollten. — 1 Million für einen Zukunftspreis des Kantons Zürich. Dotiert mit 50'000 Franken, soll dieser die nächsten 20 Jahre jeweils an

Personen oder private gemeinnützige Organisationen verliehen werden, die sich mit einem herausragenden Projekt für den Kanton Zürich verdient gemacht haben. Markus Späth (SP, Feuerthalen) freute sich, «dass ein solcher Preis vom Kantonsrat und nicht immer nur von Stiftungen oder Firmen ausgesetzt wird».

— 1 Million für einen Weg der Demokratie in Uster, Winterthur und Zürich, der als Lehrpfad für Schu-

len konzipiert sein wird. Dazu kommen weitere Projekte mit dem Zweck, die Politik näher zum Volk zu bringen. Dazu gehört ein virtueller und kommentierter Rundgang durch das Rathaus, das bis Ende dieses Jahrzehnts umgebaut wird und daher für die Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. — 3 Millionen werden an verschiedene Direktionen verteilt.

Helene Arnet